

Uwe Doering, MdA

Parlamentarischer Geschäftsführer,

Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

fon: 030 23 25 -25 09 fax: -25 15

doering@linksfraktion-berlin.de



1. Rot-rot bringt Mindestlohn in den Bundesrat (s. 1)
2. Mehr Geld für Berliner Bezirke (s. 1)
3. Landesverbandstag des Deutschen Siedlerbundes (s. 2)
4. Alt-Siedlungsgebiete sollen früher an das Kanalisationsnetz (s. 2-3)
5. Konzept für städtische Wohnungsbaugesellschaften (s.3)
6. Ab 2008: Umweltzone für die Innenstadt (s.4)

Rot-rot bringt Mindestlohn in den Bundesrat

Bereits in den Mai- und Juni-Ausgaben dieses Informationsblattes habe ich über die rot-rote Mindestlohninitiative berichtet.

So war zu lesen, wie die Mitglieder der Linksfraktion und der SPD-Fraktion den Berliner Senat dazu aufforderten, noch vor der Sommerpause im Bundesrat mit einer Initiative für einen gesetzlich geregelten Mindestlohn aktiv zu werden. Mit der Sitzung des Bundesrates am 6. Juli 2007 trägt diese Forderung nun Früchte.

Mehr Geld für Berliner Bezirke

Was während der Klausur der Linksfraktion begann, beim Landesparteitag und im Rat der Bürgermeister fortgesetzt wurde, findet nun im vom Senat am 3. Juli 2007 vorgelegten Berliner Haushalt seine Vollendung.

Die vorgenommenen Einsparungen in den Landeshaushalten der vergangenen Jahre bringen Berlin mehr Geld und werden zu einem ausgeglichenen Landeshaushalt führen, mit dem sogar ein Einstieg in den Schuldenabbau möglich ist. Neu gewonnene finanzielle Spielräume werden sich im neuen Landeshaushalt bei verstärkten Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe bei Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur widerspiegeln. Ein weiterer

So fordert der Berliner Senat im Bundesrat die Bundesregierung zur Vorlage eines Gesetzes auf, in dem die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendungsgesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche und ein verbindlicher Bruttostundenlohn von nicht unter 7,50 Euro festgeschrieben werden sollen. Der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf (DIE LINKE.) hält hierzu fest, dass man damit zwar unter der Forderung der Linkspartei von 8 Euro bleibe, es jetzt aber darum ginge, „eine möglichst breite Unterstützung für einen Einstieg in den Mindestlohn zu schaffen und damit auch die entsprechenden Gewerkschaftsforderungen zu

Schwerpunkt wird die Einstellung von Personal bei Schulen, Polizei, Feuerwehr und Justiz sein.

Der erste Haushaltsentwurf des Senates brachte jedoch nicht nur gute Nachrichten. Trotz neu gewonnener finanzieller Spielräume soll der Konsolidierungskurs zur Sanierung der Landesfinanzen fortgesetzt werden. Und hier waren u. a. die Vorgaben zu weiteren Einsparungen in den Bezirks-haushalten ein Schwerpunkt.

Diese hätten zu Schließung von Bibliotheken, Bürgerämtern oder Musikschulen geführt. Damit hätte man die guten Entscheidungen auf Landesebene in den Bezirken konterkariert. Hier drängte die Linke in Bezirken und auf Landesebene auf eine Korrektur der Vorgaben. Neben der bereits verabredeten Anpassung der Finanzmittel bei den Hilfen zur

unterstützen“. So muss Vollzeitbeschäftigung eine eigenständige Existenz ohne staatliche Transferleistungen und jenseits der Armutsgrenze gewährleisten können. Kurz: Von Arbeit muss man leben können!

Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, die von Gewerkschaften und der Linken mit außerparlamentarischen und parlamentarischen Aktivitäten unterstützt wird, führte unterdessen auch die Bundesländer Bremen und Rheinland-Pfalz mit einer Bundesratsinitiative für den Mindestlohn einsetzen.

Erziehung wird nun auch auf Einsparungen in den Bezirken in Höhe von 25 Mio. Euro verzichtet. Damit folgt der Senat den Argumenten der Linksfraktion. Außerdem soll sichergestellt werden, dass die Bezirke mehr Personal erhalten, um neue Aufgaben wie bspw. die Umsetzung der Umweltzone oder des Nichtraucherschutzes wahrzunehmen.

Aus meiner Sicht sind diese 25 Mio. Euro zwar ein Erfolg – aber nur ein kleiner. Vielmehr kann man dies als ersten Schritt betrachten auf dem Weg zu sozial gerechten, vielfältigen und attraktiven Bezirken. Um dieses Ziel zu erreichen, werden mehr finanzielle Mittel benötigt. Deshalb ist die Debatte, ob diese Summe ausreichend ist, in den kommenden Haushaltsberatungen des Abgeordnetenhauses weiterzuführen.

1/4

Landesverbandstag des Deutschen Siedlerbundes

Nahm ich im vorigen Jahr persönlich als Vertreter der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus am Landesverbandstag des Deutschen Siedlerbunds teil, musste ich diesmal leider fernbleiben. Es war bedauerlicherweise auch keinem anderen Vertreter oder einer Vertreterin möglich zu erscheinen, da am Wochenende des 30.06./01.07. zeitgleich der Konstituierungsparteitag des Berliner Landesverbandes der Partei DIE LINKE. stattfand.

Schriftlich übersandte ich dennoch meine Glückwünsche für das weitere Wirken des Verbandes, verbunden mit der Hoffnung, miteinander im Dialog zu bleiben - über Themen, die die Verbandsmitglieder besonders berühren. Einige davon sprach ich in dem Brief an. Hier ein Auszug daraus:

„Auch wir sehen, dass die Politik der unumgänglichen Haushaltskonsolidierung den Mitgliedern Ihres Verbandes zusätzliche finanzielle Belastungen gebracht hat.

Alt-Siedlungsgebiete sollen früher an das Kanalisationsnetz

Die Linksfraktion hat zusammen mit der SPD-Fraktion einen Antrag in das Abgeordnetenhaus eingebracht, der den Senat von Berlin dazu auffordert, gemeinsam mit den Berliner Wasserbetrieben sicherzustellen, dass die Kanalisierung der noch nicht an das Abwassernetz angeschlossenen Siedlungsgebiete gegenüber den bisherigen Planungen deutlich schneller erfolgt.

Für das Zustandekommen dieses Antrages, der am 05.07.2007 durch das Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit beschlossen wurde, habe ich mich seit dem Herbst des letzten Jahres mit großem Engagement eingesetzt. Dazu waren viele Gespräche mit dem Koalitions-

Bei den Wassergebühren soll eine neue Tarifstruktur einen Großteil der Berliner Haushalte finanziell entlasten. Die Tarife werden dann aus einem Grund- und einem Mengen- bzw. Arbeitspreis bestehen. Mit dem Grundpreis wird der vorhandene betriebsbereite Anschluss bezahlt. Gleichzeitig wird der Mengenpreis - der Preis je Kubikmeter Wasser und Abwasser, der für alle Kunden gleich ist - sinken. Für die Linksfraktion wird mit dem neuen Tarifsystem eine ökologisch sinnvolle und sozial ausgewogene Lösung erreicht. Ziel bleibt, eine Regelung für mehr Transparenz bei den Wasserpreisen durchzusetzen. Wir wollen, dass das Parlament bei der Preisgestaltung mitreden kann, was bisher nicht der Fall ist. Eine entsprechende parlamentarische Initiative bereiten wir vor.

Bei den Straßenreinigungsgebühren haben die Anlieger von Privatstraßen jetzt vor dem Kammergericht einen Erfolg errungen. Gemeinsam sollten wir aufmerksam beobachten, welche Konsequenzen die BSR aus diesem jüngsten Urteil ziehen will, und ggf. aktiv werden. [...]

partner, den Senatsverwaltungen für Wirtschaft und Umwelt, den Berliner Wasserbetrieben und der AG Abwasser des VDBG notwendig. Am Ende, so meine ich, steht ein gutes Ergebnis, mit dem alle am Prozess Beteiligten zufrieden sein können.

Dazu erklärte ich in einer Pressemitteilung zusammen mit dem umweltpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Daniel Buchholz, dass die Siedlungsgebiete der Kategorie I, die noch nicht an die Abwasserkanalisation angeschlossen sind, bereits bis 2012, spätestens aber bis 2015 angeschlossen werden sollen. „Der aktuelle Abwasserbeseitigungsplan aus dem Jahre 2001 sieht einen Anschluss erst für 2020 vor. Das ist schlicht nicht mehr zeitgemäß. Damit kommen wir Forderungen der Betroffenen nach, die ein großes

Beim Straßenausbaubeitragsgesetz müssen wir leider konstatieren, dass die Bezirksämter auf sehr unterschiedliche Weise damit umgehen. Das Anliegen des Gesetzes, Anlieger von Straßen vor „Abzocke“ durch die Ämter zu schützen und eine wirksame Beteiligung der beitragspflichtigen Bürgerinnen und Bürger zu sichern, hat offensichtlich noch nicht alle Amtsstuben erreicht. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner SPD wollen wir darauf drängen, dass der ursprüngliche Gedanke des Gesetzes über die zuständige Senatsverwaltung in die Bezirksverwaltungen getragen wird. In das Handeln jeder Verwaltung muss der Grundsatz einziehen: „Wer mitbezahlt, soll auch mitentscheiden.“ Hier müssen sich auch die Bezirksverordnetenversammlungen ihrer Verantwortung bewusster werden, denn das Straßenausbaubeitragsgesetz weist der BVV eine besondere Verantwortung zu bei der Entscheidung, ob und wie eine Straße gebaut wird.“

Interesse daran haben, nicht länger Fäkalgruben zu unterhalten.“

Durch eine komplizierte Entleerungsprozedur der Fäkalgruben mittels Tankwagen verursachen diese erhebliche Kosten und Belastungen durch Schadstoffe, Lärm und Gestank. Der schnellere Anschluss bringt den Anwohnern Planungssicherheit und verkürzt die Nutzung der unangenehmen Fäkalgruben.

Das Siedlungsgebiet der Kategorie I umfasst 9 Siedlungsgebiete, in denen rund 12.400 Einwohner leben. Hierzu zählen u. a. die Altsiedlungen Blankenburg, Mahlsdorf-Nord, Wartenberg sowie Buchholz West und Nord.

weiter auf Seite 3...

In dem gemeinsamen Antrag werden Senat und Wasserbetriebe außerdem aufgefordert, für die restlichen 3.700 Einwohner in den 12 Alt-Siedlungsgebieten der Kategorien II und III darzustellen, ob und wann die einzelnen Siedlungen mit einem Anschluss an die Abwasserkanalisation rechnen können. Bisher sollen diese Gebiete, ungeachtet ihrer geringeren

Siedlungsdichte und den hohen Erschließungskosten pro Anschluss, bis 2028 einen Anschluss erhalten.

Der Antrag soll hier die Möglichkeit einräumen, semizentrale Kleinkläranlagen zu errichten – entweder durch die Wasserbetriebe oder auf Initiative der Anwohner in privater Trägerschaft. Sofern keine wasserwirtschaftlichen oder ökologischen

Gründe dagegen sprechen, eröffnen diese Anlagen auch in privater Verantwortung völlig neue Perspektiven. So können die Bürger selbst beeinflussen, ob sie auf den Anschluss an das zentrale Wassernetz warten wollen oder selbst gemeinschaftlich aktiv werden.

Konzept für städtische Wohnungsbaugesellschaften

Städtische Wohnungsbaugesellschaften bleiben im Besitz des Landes!

Der Senat von Berlin hat Anfang dieses Monats sein Gesamtkonzept für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften beschlossen.

Die Linksfraktion – mit ihrer AG Wohnen (Jutta Matuschek, Marion Platta, Carl Wechselberg, Uwe Doering) – hat im Vorentwurf zu diesem Konzept gefordert, dass im Rahmen der Sanierungskonzepte für die Wohnungsbaugesellschaften betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden sollen und die Gesellschaften selbst erst zu wirtschaftlich gesunden Unternehmen reifen sollen, bevor sie zu „dividendenfähigen“ Unternehmen entwickelt werden. So soll den Wohnungsbaugesellschaften Zeit für eine weitere positive Entwicklung gegeben werden. Dazu gehören weitere Investitionen in den Wohnungsbestand, bevor erzielte Gewinne frühzeitig durch das Land Berlin abgeschöpft werden. Hintergrund ist dabei auch der Versuch bzw. die Absicht, eine Mietentwicklung, die an den oberen Rand der

Bandbreite des Mietspiegels führen soll, einzudämmen.

Das nun vorgelegte Konzept für die städtischen Wohnungsgesellschaften berücksichtigt im Wesentlichen die Einwände der Linksfraktion. Mit dem Konzept möchte der Berliner Senat die Wohnungsbaugesellschaften langfristig an die künftigen stadtpolitischen Entwicklungen und Zielen strategisch anpassen. Darüber hinaus hat sich der Senat klar dafür entschieden, die städtischen Wohnungsbaugesellschaften im Besitz des Landes zu belassen. Es wird demnach keine Verkäufe von Wohnungsbaugesellschaften oder von großen Beständen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften geben. Damit verfolgt der Senat das Ziel, Menschen Wohnraum zu geben, die es ansonsten schwer hätten, eine Wohnung zu finden.

Die Schwerpunkte des Konzepts sind dabei im Einzelnen:

- Die wirtschaftliche Konsolidierung der Gesellschaften wird konsequent mit dem Ziel der Stärkung der Unternehmenswerte fortgeführt.

- Die bestehenden Wohnungsbaugesellschaften im Eigentum des Landes Berlin sollen erhalten bleiben

und damit ein strategisches Element der Daseinsvorsorge darstellen; der derzeitige Umfang des Wohnungsbestandes der städtischen Wohnungsbaugesellschaften soll nicht verändert werden. Der Verkauf von Wohnungsbeständen ist deshalb grundsätzlich nicht geplant.

-Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen auch zur Stabilisierung des Mietniveaus beitragen. Die Gesellschaften sollen deshalb bei Mieterhöhungen die Leistungsfähigkeit der Mieterinnen und Mieter sowie des Marktes berücksichtigen.

-Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen als Partner der sozialen Stadtentwicklung das strategische Ziel unterstützen, bedrohte Nachbarschaften aufzuwerten und sie zur Entwicklung aus eigener Kraft zu befähigen. In belasteten Nachbarschaften soll die soziale und interkulturelle Mischung verbessert werden.

- Die Wohnungsbaugesellschaften sollen Vorreiter beim Einsatz energiepolitischer Maßnahmen sein und die Wohnungsbestände in einem baulichen Zustand vorhalten, der der heutigen Nachfrage entspricht.

Ab 2008: Umweltzone für die Innenstadt

In der Juli-Ausgabe des „Rathausjournal Treptow-Köpenick“ beantwortete ich einige Fragen zur Umweltzone, die im inneren Bereich des S-Bahnringes ab Januar 2008 in Berlin eingeführt wird. Hier die wichtigsten Aussagen in Kürze:

Die Umweltzone ist das Kernstück des Luftreinhalte- und Aktionsplans Berlin. In der Innenstadt, in der viele Bürgerinnen und Bürger Berlins wohnen, werden die Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid an zahlreichen Hauptverkehrsstraßen überschritten. Der Straßenverkehr hat dabei einen Anteil von 40 Prozent bei Feinstaub und sogar 80 Prozent bei Stickstoffdioxid. Die Notwendigkeit der Einführung dieser klimapolitisch sinnvollen und notwendigen Maßnahme kann daher von niemandem ernsthaft bestritten werden. Diskutiert werden die strikten Regelungen für die 7 Prozent der derzeit angemeldeten Autos in Berlin, die zu den sogenannten „Dreckschleudern“ zählen. Für diese wird es ab 2008 ein Fahrverbot in der Innenstadt geben.

Die Ankündigung des Fahrverbots löste insbesondere bei der IHK, der Handwerkskammer und dem ADAC einen Sturm der Entrüstung aus. Die Zeit der Ankündigung und Einführung der Umweltzone sei zu kurz gewesen. Betriebe und Gewerbetreibende könnten sich nicht rechtzeitig auf die Umweltzone einstellen. Die Einführung der Umweltzone bringe weitere finanzielle Belastungen, die von den kleineren und mittleren

Betrieben nicht getragen werden könnten. Die Einführung der Umweltzone wird aber seit Jahren im Zusammenhang mit der Aufstellung des Luftreinhalte- und Aktionsplans in Berlin diskutiert. In diese Diskussionen wurden die Innungen, die IHK, der ADAC und andere Interessenvertreter eingebunden. Die Mitglieder und Mitgliedsfirmen der Interessenverbände hatten also mehrere Jahre Zeit, sich auf die Umweltzone und deren Folgen einzustellen. Zudem gibt es die Möglichkeit, befristete Ausnahmen vom Fahrverbot zu erhalten. Deshalb kann von einer zu schnellen Einführung der Umweltzone keine Rede sein. Außerdem muss klar sein: Der Klimawandel wartet nicht auf die Automobilindustrie.

Für einige Unternehmen in Berlin bedeutet die Umweltzone zunächst tatsächlich eine finanzielle Mehrbelastung. So werden einige Unternehmen, die über veraltete und den Anforderungen der Umweltzone nicht angemessen ausgestattete Fahrzeugflotte verfügen, ihre Pkws oder Lkws mit entsprechenden Partikelfiltern nachrüsten müssen. Andere Unternehmen, die entsprechende Ersatzinvestitionen nicht tätigen können, müssen entweder große Umwege in Kauf nehmen oder werden ihre Aufträge besonders in innenstädtischer Lage nicht mehr ausführen können. Um diesen Wettbewerbsnachteil auszugleichen, haben SPD und DIE LINKE. einen Antrag in das Abgeordnetenhaus eingebracht, mit dem der Senat aufgefordert wird, in solchen Fällen Unterstützung anzubieten. Mit dem Antrag, der am 05.07.2007 durch das Abgeordnetenhaus beschlossen wurde, sollen kleineren und mittelständischen Unternehmen

durch ein „Umwelt-Kredit-Programm“ zinsgünstige Kredite für Ersatzinvestitionen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der entsprechenden Unternehmen gewährt werden.

Als Kreditvergabe- und Förderinstitution kommt dabei die Investitionsbank Berlin (IBB) in Frage. Diese ist eine eigenständige Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihr Aufsichtsratsvorsitzender ist der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf. Die Politik, also das Land, hat im Rahmen der vorgegebenen Bestimmungen die Möglichkeit bzw. die Aufgabe, entsprechende Programme bei der IBB anzuregen. So geschehen z. B. bei dem vor einiger Zeit aufgelegten KMU-Fonds (Kreditfonds für kleinere und mittlere Unternehmen), der zinsgünstige Klein- und Kleinstkredite ausreichen soll, die üblicherweise von den Hausbanken nicht ausgereicht werden. Mit dem nunmehr beschlossenen Antrag der Koalitionsfraktionen wird der Senat hier zum Handeln aufgefordert.

Die Umweltzone darf Autofahren in Berlin nicht zu einem Luxus werden lassen. Mit der jetzigen Planung ist das auch nicht zu befürchten. DIE LINKE. möchte aber insbesondere auch einen attraktiven und für alle bezahlbaren ÖPNV als Alternative zum eigenen Auto sichern. Deshalb setzen wir uns bspw. dafür ein, dass der ermäßigte Einzelfahrschein im ÖPNV wieder eingeführt wird, und werden das Sozialticket erhalten.

Den kompletten Artikel können sie im „Rathausjournal Treptow-Köpenick“ oder im Internet unter: <http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/aktuelles/rathausnachrichtenubersicht.html> nachlesen.

Hinweis zur Sprechstunde

Diesen Monat findet leider keine Sprechstunde statt. Die für den 12.07.07 geplante Sprechstunde muss aufgrund einer Sondersitzung des Abgeordnetenhauses leider entfallen. Thema der Sondersitzung wird der Verkauf der Landesbank Berlin an den Deutschen Sparkassenverband sein. Die nächste Sprechstunde findet dann im September statt. Den genauen Termin gebe ich noch bekannt.